

Medienspiegel Woche 1 / 2016

	Seite
Kindgerechte Schule, 01.06.2016 „Grundlagen für den LP21“ als „Büchse der Pandora“	1
vpod bildungspolitik, Dezember 2015 Technokratische Reformen gefährden die Qualität des Schweizer Bildungssystems	2
srf, 4.1.2016 Zwischen Bildung und Bilanzen – Schule als Business	7
srf, 5.1.2016 Lehrplan 21 bringt kantonale Lehrmittelverlage unter Druck	8
Schule Schweiz, 5. Januar 2016 Klassenlehrkräfte als Rückgrat der Volksschule	10
Neue Luzerner Zeitung, 8.1.2016 Initianten kämpfen vor Bundesgericht gegen Lehrplan 21	11
Basellandschaftliche Zeitung, 8.1.16 Standesinitiative: Bund soll über Fremdsprachen in der Primarschule richten	12
soakutell.ch, 9.1.2016 Die Junge CVP reicht zwei Volksaufträge zum Thema Bildung ein	14
NZZ, 9.1.2016 Evaluiierende in der Zwickmühle	15

sf, 4.1.2016

[ECO Zwischen Bildung und Bilanzen – Schule als Business](#)

Schulen sind längst nicht mehr nur öffentliche Bildungsinstitute. Mit Schulen lässt sich viel Geld verdienen. Bildung gilt international als starker Wachstumsmarkt. Analysten sprechen schon heute von einem Volumen von 5,6 Billionen US-Dollar. «ECO» zeigt, wer daran verdient.



Die interessanteste Lehrerzeitung der Deutschschweiz

<http://www.lvb.ch/de/Aktuell/Aktuelle-Ausgabe-lvb-inform.php>



Die OECD-Agenten arbeiten in Europa flächendeckend. Überall regt sich Widerstand.

Website: <http://www.eltern-fuer-gute-bildung.de/index.php?>

Kindgerechte Schule, 01.06.2016

„Grundlagen für den LP21“ als „Büchse der Pandora“

Schulpfleger

Die „Grundlagen für den Lehrplan 21“ wurden ab 2006 von einer kleinen Projektgruppe mit folgenden Mitgliedern erarbeitet: Marco Adamina, lic. phil. nat., dipl. Geograph, Dozent der PH Bern; Konstantin Bähr, M.A., Stv. Leiter der Bildungsplanung des Kantons Zürich; Christian Studer, Vorsteher des Amt für Volksschulen des Kantons Basel - Landschaft, Liestal; Anton Strittmatter, Dr. phil., Leiter Pädagogische Arbeitsstelle des LCH; Brigitte Wiederkehr Steiger, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Regionalsekretariats der EDK - Ost, St. Gallen. Auffallend ist, dass keine in der Praxis stehende Pädagogen zugezogen wurden.

Ihre Aufgabe war „die Klärung und Präzisierung der konzeptionellen Grundlagen für den Deutschschweizer Lehrplan“, u.a. „in Bezug auf das Verhältnis des Lehrplans zu den im Rahmen des EDK-Projekts HarmoS entwickelten Standards“ und - nota bene - „in Bezug auf die Terminologie und die damit verbundenen Konzepte“.

Im Januar 2009 wurde in einer Medienmitteilung die „Katze etwas aus dem Sack gelassen“: Der Lehrplan orientiere sich an „Kompetenzen“, er würde „Mindesterwartungen“ festlegen und auf den Begriff „Fächer“ verzichten. In den folgenden Vernehmlassungen wurde jedoch nicht darauf hingewiesen, dass es dabei um einen andersartigen „Kompetenzbegriff“ ging, hinter dem ein auf die globale Wirtschaft ausgerichtetes Konzept der Wirtschaftsorganisation OECD steht.

Erst in den von der D-EDK 2010 absegneten „Grundlagen für den Lehrplan 21“ wurde in einem Satz etwas angedeutet, worum es bei der ominösen Kompetenzorientierung überhaupt geht: „Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.“

Im „Lehrplan 21“ selber, bei dem die Praktiker das Kompetenzenmonster aufgrund der Grundlagen erarbeiten durften, fehlt jedoch jeglicher Hinweis auf das dahinter steckende ideologische Konzept. So dass Erziehungsdirektoren in den Medien immer wieder behaupten können, „im Lehrplan 21“ stehe nichts von „selbstgesteuertem Lernen“.

Offenbar hat hier die Projektgruppe in Bezug auf die Terminologie und der dahinter versteckten Konzepte ganze Arbeit geleistet. Selbst für Professor Matthias Binswanger trägt dieser Satz nicht zum besseren Verständnis bei: „Das klingt alles sehr wichtig und kompetent. Nur, was das konkret heisst, bleibt im Dunkeln. Hier geht es um typische Begriffe in der heutigen Bildungslandschaft, die alles und nichts aussagen.“

Laut den Pädagogikprofessoren Matthias Burchardt und Jochen Krautz (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.5.2013) handelt es sich bei der „Neuen Lernkultur“ vom „selbstorganisierten oder selbstgesteuerten Lernen“ um eine krude Mischung von „Antipädagogik“ und „Konstruktivismus“, und damit von gescheiterten Reformideologien aus dem letzten Jahrhundert.

In den einschlägigen Schriften der Reformer findet man hingegen Klartext: Mit der „Kompetenzorientierung“ hängt immer auch die „Konstruktivismusideologie“ mit „selbstgesteuertem Lernen“, „Individualisierung“, „altersgemischtem Lernen“, zusätzlich geschaffene „Heterogenität“ und „Lernbegleiter“ statt Lehrer zusammen.

Ist die „Büchse der Pandora“ einmal geöffnet, verunmöglicht sie die Sozialform des gemeinsamen Klassenunterrichts, der Lehrerberuf wird seiner Hauptaufgaben beraubt, die Volksschule verliert ihren wichtigsten Faktor für Lernfortschritte und die Wirtschaft findet kaum mehr fähige Lehrlinge.

<http://forum.kindgerechte-schule.ch/showthread.php?tid=2027>

vpod bildungspolitik 194, 12 2015

Management-Regime der Schule

Technokratische Reformen gefährden die hohe Qualität des Schweizer Bildungssystems.

Von Beat Kissling und Alain Pichard

Am 26. Januar 2015 haben die SP-Nationalrätinnen und Nationalräte Jacqueline Badran (ZH), Marina Carobbio Guscetti (TI), Jean Christophe Schwaab (VD), Carlo Sommaruga (GE) und Cédric Wermuth (AG) sowie François Clément, Vize-Zentralsekretär, und Fabian Molina, Präsident der JUSO Schweiz, in *Le Temps* eine Stellungnahme mit dem Titel «Neue Freihandelsabkommen bedrohen das «Erfolgsmodell Schweiz» – Stopp TISA» veröffentlicht. Es geht darin insbesondere um den Schutz des schweizerischen Service public, der durch dieses Abkommen (TISA) weitgehend dem «freien» Markt, sprich der Privatisierung, überlassen und somit der demokratischen Kontrolle entzogen würde. Die AutorInnen erinnern daran, dass das «Erfolgsmodell Schweiz» wesentlich auf den Pfeilern des bestehenden Service public, auf der direkten Demokratie und einer auf Ausgleich ausgerichteten Wirtschaftspolitik beruht. Die auf Gemeinnutz und genossenschaftlichen Prinzipien bauenden Werte der politischen Kultur in unserem Land (Jacqueline Badran) spiegeln sich gerade in diesem Service public wider, welcher «eine wichtige Rolle für den nationalen und sozialen Zusammenhalt» (*Le Temps*) spielt. Dieses Manifest gilt es im Folgenden dabei zu haben, wenn es um unsere öffentliche Schule geht.

Reformhektik im öffentlichen Schulwesen

Im Bildungswesen als wohl sensibelsten Bereich dieses Service public, das vom TISA-Abkommen im Hinblick auf Privatisierungsbestrebungen mit Sicherheit betroffen sein dürfte, erleben wir seit Jahren Kaskaden von Reformen, die mit enormer Propaganda und dem Gestus einer eigenmächtigen Verwaltungsbürokratie durchgezogen werden – zumeist ohne öffentliche Diskussion und gänzlich ohne Zustimmung der eigentlichen Schulexperten, nämlich den Lehrpersonen. Einige wenige profilierte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik haben – mit merkwürdig wenig Resonanz – wiederholt versucht, auf die fehlende Sach- und Fachbegründung dieser «Reformitis» hinzuweisen und die längst fällige Zäsur zur vertieften Reflexion und Diskussion endlich zu ermöglichen. Im Memorandum «Mehr Bildung – weniger Reformen» forderten vor zwei Jahren namhafte Humanwissenschaftler, unter anderem die Professoren Walter Herzog, Roland Reichenbach, Allan Guggenbühl, Remo Largo, Fritz Osterwalder, Rolf Dubs einen «Stopp der Reformhektik», die ohne öffentlichen Konsens «von oben» verordnet und durchgesetzt werde; ja man sprach gar vom Weichen der öffentlichen Kontrolle im Bildungswesen zugunsten einer «demokratiefernen Expertokratie». Solche Stellungnahmen waren über die letzten Jahre rar und zwar im gesamten politischen Spektrum, leider auch bei den sich als fortschrittlich verstehenden Kreisen. Umso erfreulicher, wenn gelegentlich ein beherztes Auftreten den scheinbaren gesellschaftlichen Konsens durchbricht: «Lasst die Schule in Ruhe! Der Lehrplan 21 ist gescheitert» äusserte im letzten Oktober Ständerätin Anita Fetz in der «ZEIT». Die Schule brauche «weniger pseudopädagogische Reformen, weniger Reformitis. Dafür gut ausgebildete und engagierte Lehrpersonen, die man in Ruhe guten Unterricht durchführen» lassen solle. Dieser Aufruf war ein Segen aus der Feder einer profilierten linken Persönlichkeit. Sie hat mit dieser Aussage den «Nagel auf den Kopf getroffen», was heute in unserem Schulwesen Programm ist – das pure Gegenteil.

Zweifellos gilt der ebenfalls in Kabinettpolitikmanier fabrizierte Lehrplan 21 als grosser Meilenstein für eine Art Kulturrevolution beziehungsweise Paradigmenwechsel im Bildungswesen – zumindest ist dies eine der Botschaften, die aus den kantonalen Bildungsdirektionen «dem Volk» übermittelt werden; die andere, recht paradox anmutende, gänzlich gegensätzliche Botschaft lautet: «Entwarnung! Es ändert sich eigentlich gar nichts». In der Psychiatrie spricht man bei solch widersprüchlichen Botschaften von einer «Double-Bind»-Kommunikation.

Missbrauch der Bildungsartikel für technokratische Steuerung?

2006 stimmten die Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger mit grosser Mehrheit den Bildungsartikeln in der Bundesverfassung zu. Zu was haben sie eigentlich konkret «Ja» gesagt? Gemäss Abstimmungsvorlage des Bundesrates befürworteten sie damit die Möglichkeit zu vereinfachter Mobilität bei Schulwechsel zwischen den Kantonen sowie die Absicherung vergleichbarer Schulniveaus in allen Kantonen. Konkret sollten gemäss Artikel 62 BV die Dauer der obligatorischen Schule, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen, die Übergänge im Bildungssystem und die Anerkennung von Abschlüssen harmonisiert werden.

Diese eigentlich sehr klar umrissene, bescheidene Harmonisierung der kantonalen Bildungsbesonderheiten ist seither in flagranter Weise umgedeutet worden zu einem generellen Freipass zur Umsetzung einer umfassenden Neuorientierung des Bildungswesens mit dem Lehrplan 21. Die «Gleichschaltung» (Anita Fetz) der kantonalen Lehrpläne

mit dem Lehrplan 21 verkaufte die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und ihre beratende Entourage als Umsetzung des «Volkswillens», ohne dabei offenzulegen, dass damit wesentlich weitgehendere und grundlegendere Veränderungen im Bildungswesen eingeschlossen werden, die – wie oben angesprochen – in wissenschaftlichen Fachkreisen mehr als nur umstritten sind.

Der Kern der Lehrplan 21-Reform ist einerseits die Umorientierung der Bildung auf die PISA-inspirierte «Output-Orientierung» und andererseits die Zementierung der Topdown-Steuerung des Bildungswesens mittels Transformation der demokratisch kontrollierten Verwaltung zum betriebswirtschaftlichen Modell des New Public Management (NPM). Seit Einführung des NPM im Bildungswesen in den 90er-Jahren dirigiert auch in der Schweiz eine streng hierarchisierte Bildungsbürokratie in der Manier von CEOs die sogenannte Schulentwicklung nach Massgabe «höherer Interessen» als derjenigen der Schweizer Bevölkerung. Bezüglich «Output-Orientierung» ist es der magische Terminus der sogenannten Kompetenzorientierung, der den «Geist» des Lehrplans 21 entscheidend ausmacht. Offiziell machen die Promotoren des Lehrplans 21 die Kompetenzorientierung von Fall zu Fall als Durchbruch zu neuen Ufern oder als Umsetzung von längst Praktiziertem beliebt. Tatsache ist, dass innerhalb der Erziehungswissenschaft kein Konsens besteht, was mit «Kompetenzorientierung» wirklich gemeint ist. Pragmatisch gesehen ist dies eigentlich irrelevant. Entscheidend ist, dass das Verständnis von Kompetenzorientierung im Lehrplan 21 die Forderung beinhaltet, dass alles, was in der Schule gelernt wird, mess- und vergleichbar gemacht werden kann. Im Klartext: der Lehrplan 21 ist ein «Kind von PISA», ein eigentliches «Testbuch», so Professor Rudolf Künzli, Pädagogikprofessor, Lehrplanforscher und ehemaliger Rektor der grössten Deutschschweizer Pädagogischen Hochschule. Künzli sieht in der Konstruktion des Lehrplans 21 einen Übergriff auf die Professionalität des Lehrerberufes, da der Unterricht mittels unzähliger Kompetenzziele, -stufen und -rastern technisch vollkommen vorreglementiert ist, die Unterrichtsinhalte marginalisiert und eben eine «output-orientierte» Schulkultur etabliert werden soll, die den Vorgaben von OECD-Funktionären (Verantwortlichen für die PISA-Agenda) entspreche. Wenn man bedenkt, dass das Schweizer Bildungswesen noch im OECD-Bericht von 1990 eine hohe Wertschätzung erfuhr und damals insbesondere ein tief in der Bevölkerung verankertes «Ethos der Schule» diagnostiziert wurde, fragt man sich, wieso die eigenen Bildungsverantwortlichen so beflissen dieses kulturfremde psychometrische Testmanagement zunehmend zum geltenden Massstab für die Schweizer «Schulentwicklung» erhoben haben.

PISA-Governance und Diskursverweigerung

Im Jahre 2000 gelang es der OECD nach jahrelangen, durch die USA forcierten Bemühungen, den europäischen Ländern die sogenannten PISA-Tests aufzubürden. Diese akzeptierten damit, ihre historisch-kulturell unterschiedlich gewachsenen Bildungssysteme zukünftig über einen (aussereuropäischen) Leisten schlagen zu lassen. Das daraus resultierende Länderranking löste in vielen Ländern, darunter auch in der Schweiz, zunächst eine ganz offensichtlich gewollte Schockwelle aus, dann – als Folge – im zweiten Schritt geschäftigen Aktionismus mit der kleintlauten Bereitschaft, sich zukünftig regelmässigen, von der Wirtschaftsorganisation vorgegebenen Ländervergleichstests auszusetzen und somit sich längerfristig de facto von der europäischen, humanistisch geprägten Bildungstradition zu entfernen.

Aber schon vor 2000 tauchten im Schweizer Schulwesen bis anhin als skurril empfundene Begriffe wie Kontraktmanagement mit Zielvereinbarung, Outputorientierung, Controlling, Kundenorientierung, prozessorientierte Organisation, Qualitätsmanagement und Benchmarking auf. Dies geschah insbesondere auf Betreiben des damaligen Zürcher Bildungsdirektors, Ernst Buschor, der auch für die Verwaltungsreform gemäss New Public Management und somit die Hierarchisierung beziehungsweise Entdemokratisierung des Volksschulwesens wesentlich verantwortlich zeichnete. Seine international mentorierte Bildungspolitik im Verbund mit der Implementierung einer an neoliberalen Zielsetzungen orientierten Steuerung (Governance) des Bildungswesens ermöglichten schrittweise, die demokratische Kontrolle zu neutralisieren und die Bildung auf eine utilitaristisch-ökonomistisch orientierte Konzeption auszurichten.

Dass mit der Abstimmung zu den neuen Bildungsartikeln nun quasi durch die Hintertüre ein OECD-Bildungsmodell, das nichts mit der bisherigen politischen und bildungspädagogischen Kultur in unserem Lande gemein hat, Einzug halten soll, ist den Menschen in unserem Lande und auch vielen Lehrkräften kaum bekannt. Dafür sorgte die jahrelange systematische Unterbindung des demokratischen Diskurses über die Schweizer Schulentwicklung. Wie dies bewerkstelligt wurde, hat der langjährige SP-Bildungspolitiker Hans Zbinden 2009 in einem Artikel mit dem Titel «Stiller Partner Schweiz. Lautloser Gang des schweizerischen Bildungswesens nach Europa» (vgl. vpod-bildungspolitik 159) ausführlich offengelegt. Tatsächlich folgt die Öffentlichkeitsstrategie der Bildungspolitiker unseres Landes – in erster Linie die der EDK – seit Jahren der Taktik der Beschwichtigung. Führende Meinungsträger in der EDK wie der Berner Bildungsdirektor Bernhard Pulver, der EDK-Präsident Christoph Eymann wie auch der für den Lehrplan verantwortliche Präsident der Deutsch-EDK Christian Amsler verkaufen den Lehrplan 21 als Weiter-

führung längst erprobter Konzepte. Diese Interpretation unterscheidet sich radikal von der Einschätzung der als Bildungsexperten in der Schweiz bekannten Erziehungswissenschaftler Kurt Reusser und Jürgen Oelkers. Sie bezeichnen die Einführung von kompetenzgestützten Bildungsstandards und die damit einhergehende Änderung der «Steuerungsphilosophie» als «massiven Paradigmenwechsel im Bildungswesen» (Oelkers & Reusser, 2008, S. 514). Weshalb, fragt man sich, haben Bildungsdirektor Pulver und Erziehungswissenschaftler Reusser, die beide in erheblicher Verantwortung für das Zustandekommen des Lehrplans 21 stehen, der Öffentlichkeit so unterschiedliche Interpretationen geliefert?

Marginalisierung der Lehrperson zugunsten technokratischer Management-Regime

Wie Professor Künzli erklärt Professor Kurt Reusser den «massiven Paradigmenwechsel» mit dem Kulturwandel zur «Output-Orientierung»: Die Installierung uniformer Vergleichstests, mit denen «Kompetenzen» gemessen werden können, sind eine Folge der nationalen Bildungsstandards; die Tests dienen den Schulverwaltungen als zentrale Kontroll-, Vergleichs- und Steuerungsinstrumente. Hiermit wird verständlich, wieso im Lehrplan 21 die Inhalte zweitrangig geworden sind. Die messbaren Kompetenzen müssen nämlich als Grundlage der Tests möglichst inhaltsneutral sein, damit Vergleichbarkeit überhaupt geschaffen werden kann. «Teaching to the Test» wird zur zwangsläufigen gleichschaltenden Norm, der sich jede Lehrperson unterordnen muss, um die gute «Qualität» ihres Unterrichts-Outputs unter Beweis zu stellen. Schule soll eben zukünftig als «System» ökonomisch «gesteuert», ihre Qualität «gemanaged» und über Test-Feedbacks im nationalen Vergleich zu laufend besseren Leistungen konditioniert werden. Im Kanton Zürich brauchen zwischenzeitlich Schulleiter in den Volksschulen keine Qualifikation in Pädagogik und Didaktik mehr, dafür aber eine Managementbefähigung.

Dass dieses Output-Steuerungs-Modell mit einer psychometrischen Vermessung unserer Kinder einhergeht und einer eigentlichen Ökonomisierung der Schule Tür und Tor öffnet, scheint vielen nicht bewusst zu sein. Den verordneten Reduktionismus der kindlichen Persönlichkeit auf messbare Kompetenzen – eine eigentliche Verdinglichung des Menschen – erleben heute schon Zürcher Kindergärtnerinnen, zu deren Kerntätigkeit es neuerdings gehört, anhand von (durch Test-Profis) vorgefertigten Fragebögen mit über 50 detaillierten Beobachtungspunkten die Kompetenzen ihrer Kinder als Daten zu erfassen (Die Experten verklären dieses Ankreuzen von standardisierten Fragebögen als «Diagnose-Arbeit».).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn Promotoren des Lehrplans 21 notorisch betonen, den Lehrkräften bleibe mit dieser «Schulentwicklungsperspektive» die nötige Freiheit erhalten, ihren Unterricht nach wie vor eigenständig zu gestalten. Die OECD-Agenda, die von Professor Reusser vorgezeichnete Logik der «Output-Orientierung» sowie die Tatsache, dass die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen mittlerweile das Ausbilden eines Coaches und nicht einer Lehrperson beinhaltet, zumal die Schüler ihr Lernen mit «apersonalen Medien» (Hermann Forneck) allein bewerkstelligen sollen (Selbstgesteuertes oder -organisiertes Lernen) sprechen eher dafür, dass der pädagogisch-didaktische «Spielraum» für die Lehrpersonen schwindet. Stattdessen werden sie nahezu zwangsläufig zu «Erfüllungsgehilfen der Testentwickler» (Andreas Gruschka) degradiert, deren Kernaufgabe nicht mehr darin besteht, den Schülerinnen und Schülern den systematischen Zugang zu Fach und Lernweise zu vermitteln.

Der Ende letzten Jahres emeritierte Berner Lehrstuhlinhaber für Erziehungswissenschaften, Walter Herzog, schrieb kürzlich zu dieser Entwertung des Lehrerberufs: «Einerseits wird den Lehrerinnen und Lehrern mit einem kompetenzorientierten Lehrplan detailliert vorgegeben, was sie zu leisten haben, andererseits wird ihnen die Kompetenz, die Schülerleistungen zu beurteilen, abgesprochen, indem diese an ein testbasiertes Bildungsmonitoring delegiert wird. Expertinnen und Experten, die im Dienste der Bildungsverwaltungen stehen, übernehmen zunehmend das Zepter.»

Dieser Typus «Lehrer» bietet aus ökonomischer Sicht einen grossen Vorteil: er hilft erheblich zu sparen, weil sich eine vertiefte Lehrerausbildung zukünftig erübrigt. Einige Wochenendkurse könnten reichen, wie die bekannte amerikanische Erziehungswissenschaftlerin, Diana Ravitch, am Beispiel der öffentlichen Schulen in den USA aufzeigt. Ravitch klärt seit Jahren über die verheerenden Auswirkungen solcher test- und rankingbasierten «Schulreformen» in ihrem Land auf, die sie ursprünglich in gutem Glauben unterstützt hatte. Wird das «Selbstgesteuerte Lernen» – bei dem jedes Kind (auch schon Primarschüler in den ersten Schuljahren) alleine auf sich selbst zurückgeworfen ist und die anderen Gleichaltrigen zu Rivalen im schulischen Vorankommen mutieren statt kooperierende Kameraden und Kameradinnen sein zu können – zum neuen didaktischen Dogma erhoben, dem in den Pädagogischen Hochschulen veritable «Gottesdienste» gefeiert werden (Roland Reichenbach), fällt den Lehrpersonen die wenig rühmliche Rolle zu, dieses entsolidarisierte Szenario als «Coach» oder «Lernbegleiter» zu verwalten.

Instrumenteller Geist als «innovatives» Bildungsziel?

Andreas Gruschka, Professor für Erziehungswissenschaften an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, renommierter empirischer Forscher zu Unterrichtsentwicklung sowie Präsident der internationalen «Gesellschaft für Bildung und Wissen», nimmt in seiner Bilanz dieses Reformtrends kein Blatt vor den Mund. Er charakterisiert den «kompetenten Schüler», wie er unter anderem im Lehrplan 21 als Modell gedacht ist, folgendermassen: «Er ‹weiss Bescheid›, wo er nachzuschauen hat. Das Gedächtnis seines Geräts arbeitet als Ersatz für ein eigenes. So beherrscht er Lösungen für Aufgaben, aber beider Fraglichkeit bleibt in der Regel ungeklärt. Den Schülern wird so abgewöhnt, überhaupt noch Fragen zu stellen, die eine tiefere Berührung mit der Sache auslösen können. Dafür lernen sie Antworten auf Fragen zu geben, die mit diesen beziehungsweise dem hinzugezogenen Material bereits geliefert worden sind [...] Eine eloquente Schülerschaft vermag alles zu präsentieren, über alles zu reden, weil und wo sie nicht vor die Herausforderung gestellt wird, einen schulischen Inhalt wirklich sachverständig zu erarbeiten.» Schule werde also zu einer «Anstalt des Scheins», sagt Gruschka, in der der Schülerschaft eine «Gesinnung der Anpassungsbereitschaft» vermittelt wird und sie sich selbst zu «Arbeitswerkzeugen» entwickeln, «die sich beliebig einsetzen lassen.» Die humanistischen Bildungsziele Mündigkeit, Befähigung zu eigenständigem Urteil und Schulung der Urteilskraft werden ersetzt durch einen «instrumentellen Geist», der Schüler dahin bringe, zu «funktionieren ohne reflektierende Distanz gegenüber dem, was sie tun.» Diese Charakterisierung trifft leider schon heute für einen grösseren Teil der Schülerschaft zu. Eltern beklagen heute schon eine zunehmende Abneigung ihrer Kinder gegenüber der Schule, zumal das, was die Freude an der Schule ausmacht, das Miteinanderlernen, die ansteckende Begeisterung der Lehrperson für das Fach, der Halt beim Lernen durch die erforderliche persönliche Unterstützung, Begleitung und Abstützung auf konkrete pädagogisch-didaktische Hilfen usw. vielfach kaum mehr eine Rolle im Schulalltag spielt. Stundenlang, berichten viele, müssten sie abends und am Wochenende mit ihren Kindern arbeiten, um sicherzustellen, dass deren Wochenaufträge, die im Selbststudium zu erledigen sind, einigermaßen erfüllt werden können. Schwache und unsichere Schüler – zumeist aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern – fallen automatisch «durch die Maschen», zumal es gemäss «Bildungsgerechtigkeit» (statt «Chancengleichheit») für die Lehrperson nicht mehr angezeigt ist, die Verantwortung für das Lernen und Vorankommen der Kinder zu übernehmen. Längerfristig kann man es sich ausmalen, wo Eltern landen, um ihrem Kind eine Chance zu bieten: in der Privatschule, sofern sie es sich leisten können.

Wo bleibt der Widerstand der Linken?

Was Verwaltungsbeamte, Bildungspolitiker, Schulleiter und sonstige Mitglieder der neuen Expertokratie vielleicht zu begeistern vermag, stösst bei der Bevölkerung und vielen Lehrerinnen und Lehrern auf Skepsis und Ablehnung. Denn die Volksschule als zentraler Teil des Service public ist tief im demokratischen Bewusstsein der Menschen in der Schweiz verwurzelt, wie es im Manifest der SP-Nationalräte prägnant formuliert ist. Die Debatte, welche die Bildungsverwaltung bisher wohl unbedingt vermeiden wollte, wird ihr nun mit politisch zum Teil sehr breit abgestützten Initiativen aufgezwungen. Aber wie steht es um den Aufschrei, den geharnischten Einspruch einer empörten Linken angesichts einer starken Bedrohung für unsere öffentliche Bildung? Wo bleibt der anschwellende Protest, den Anita Fetz vor einem halben Jahr angestimmt hat? Was ist übrig geblieben vom sozialetisch wertvollen linken Postulat der Chancengleichheit als zentrale Aufgabe der Volksschule beziehungsweise der Schulpädagogik? Hatte Pestalozzi darin nicht Recht, dass das Ethos der Volksschule nebst der Aneignung der Elementarbildung vor allem in der Sozial- und Gemeinschaftsbildung (Herzensbildung) bestehen muss? Wie lange noch will ein erheblicher Teil der Linken über die skizzierten Entwicklungen im Schulwesen hinwegsehen oder sich sogar als Steigbügelhalter für internationale und transnationale Organisationen wie die OECD, die EU und andere einspannen lassen, die den nationalen Bildungssystemen ihr neoliberales Verständnis von Bildungspolitik aufdrängen?

Dr. Beat Kissling, Psychologe und Erziehungswissenschaftler, Kantonsschullehrer und Hochschuldozent, Beirat der Gesellschaft für Bildung und Wissen.

Alain Pichard, Reallehrer, Bieler Initiant des Memorandums 550 gegen 550.

Literatur

Badran, Jacqueline: Hören Sie doch jetzt endlich auf, von Feudalismus zu reden. E-Mail-Debatte mit Christian Wasserfallen, NZZ am Sonntag, 29. März 2015

Fetz, Anita: Last die Schule in Ruhe! Der Lehrplan 21 ist gescheitert. In: Die ZEIT, 23. Oktober 2014

Forneck, Hermann: Professionalisierung statt Innovationsabstinenz – Gastkommentar zum «selbstgesteuerten Lernen». In: NZZ, 31. Juli 2014

Gruschka, Andreas: *Der Bildungs-Rat der Gesellschaft für Bildung und Wissen*. Verlag Barbara Budrich, Opladen – Berlin – Toronto, 2015

Herzog, Walter: *Wissen und Kompetenz – was brauchen unsere Kinder? Eine kritische Betrachtung der Reformpolitik der EDK; erweiterte Fassung des Referats auf Einladung der Ostschweizer Kinderärzte und des Ostschweizer Kinderspitals an der Fachhochschule St. Gallen am 11. März 2015*

Künzli, Rudolf: *Lehrplan 21 – Praxisfern oder zukunftsweisend? Radio SRF 2, Kontextsendung, Rudolf Künzli mit Kathrin Schmocker, 27. Februar 2014*

Le Temps: Les nouveaux accords de libre- échange menacent le «modèle suisse», 26 Janvier 2015

Ravitch, Diana: *The Death and Life of the Great American School. How Testing and Choice are Undermining Education*. Basic Books, Philadelphia 2010

Ravitch, Diana: *Reign of Error. The Hoax of Privatization Movement and the Danger to America's Public Schools*. Alfred A. Knopf, Borzoi Books, New York and Toronto 2013

Reichenbach, Roland: *Alternative Lernformen. «Leider gibt es an den Schulen eine Neo-Manie»*. In: NZZ, 26. Juli 2014

von Wartburg, Roger: *Memorandum «Mehr Bildung – weniger Reformen»: Erziehungswissenschaftler fordern Notbremse*, lvb inform, 2013/14-01

Zbinden, Hans: *Stiller Partner Schweiz. Lautloser Gang des schweizerischen Bildungswesens nach Europa*, vpod-bildungspolitik 159, Mai 2009

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/vpod-bildungspolitik-Dezember-2015.pdf>

srf, 4.1.2016

Zwischen Bildung und Bilanzen – Schule als Business

Schulen sind längst nicht mehr nur öffentliche Bildungsinstitute. Mit Schulen lässt sich viel Geld verdienen. Bildung gilt international als starker Wachstumsmarkt. Analysten sprechen schon heute von einem Volumen von 5,6 Billionen US-Dollar. «ECO» zeigt, wer daran verdient.



Internate, Tagesschulen, Konzerne: Kampf um Schüler wird global

Ein Abschluss an einer Schweizer Privatschule gilt im Ausland vielfach noch immer als Grundstein für eine internationale Karriere. Inzwischen nutzen auch globale Bildungskonzerne, etwa aus Hongkong oder Dubai, diesen guten Ruf: Sie kaufen oder eröffnen hierzulande Schulen. Dies führt zu einem harten Konkurrenzkampf. «ECO» besucht unter anderem das Internat in Zuoz und zeigt das Spannungsfeld zwischen Bildungsinstitution und profitorientiertem Unternehmen.

Afrikas Privatschulen: Lukrativer Markt für Investoren

In Kamerun haben öffentliche Schulen einen schlechten Ruf. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder darum auf eine Privatschule. Kamerun ist kein Einzelfall: Gemäss Weltbank besucht in Entwicklungsländern jedes fünfte Kind eine Privatschule. Diese sind aber nicht für eine Elite gedacht, sondern für die untere Mittelschicht. Ausländische Geldgeber investieren in Ausbildungskredite und in private Schulen. Auch ein Schweizer Mikrofinanz-Institut verdient Geld mit diesem Geschäftsmodell.

Lehrplan 21: Lehrmittelverlage streiten um Millionen-Aufträge

Zu den Profiteuren des Lehrplanwechsels gehören die Verlage, die neue Lehrmittel herstellen. In diesem Markt kämpfen fünf kantonale Lehrmittelverlage und Private mit ungleichen Spiessen. Denn das Rennen machen Lehrmittel, die von den Kantonen für obligatorisch erklärt werden. Privatverlage kritisieren, dass Kantone wie Zürich und St. Gallen für die Werke ihrer eigenen Verlage eine Absatzgarantie geben.

<http://www.srf.ch/sendungen/eco/zwischen-bildung-und-bilanzen-schule-als-business>

srf, 5.1.2016

Lehrplan 21 bringt kantonale Lehrmittelverlage unter Druck

Claudia Gnehm

Bisher konnten sich die fünf kantonalen Lehrmittelverlage auf Marktvorteile verlassen, etwa Absatzgarantien auf Kantonsgebiet. Mit dem Lehrplan 21 fordert die Direktorin des grössten Privatverlags, Klett und Balmer, nun: Es müssten auch private Lehrmittel zugelassen werden.



Kantonale Produkte im Vorteil: «Dis donc!» wird obligatorisch – das ist für St. Gallen und Zürich bereits sicher. SRF

Die Einführung des Lehrplans 21 erfordert Millionen-Investitionen in neue Lehrmittel. Denn in der Volksschule benötigen rund 800'000 Schülerinnen und Schüler jährlich für diverse Fächer neuen Stoff. Da die Deutschschweizer Kantone just die nächsten drei Jahre Hunderte Millionen Franken in der Bildung sparen, sind Wettbewerb und Effizienz bei der Lehrmittel-Entwicklung unabdingbar. Doch die kantonalen Lehrmittelverlage haben deutlich bessere Marktbedingungen und behindern die private Konkurrenz.

Im 100-Milionen-Franken schweren Lehrmittelmarkt kämpfen fünf kantonale Lehrmittelverlage und ein Dutzend Private um das Wohlwollen der Kantone. Denn das Rennen machen jeweils die Lehrmittel, die von den Kantonen obligatorisch erklärt werden – und die die Schulen dann kaufen müssen.

«Envol»-Nachfolger wird obligatorisch

Wie ungleich die Spiesse sind, zeigt sich im Fach Französisch: Unter den Lehrmitteln, die für den neuen Lehrplan angepasst werden müssen, befindet sich das von 15 Kantonen benutzte Französisch-Lehrmittel «Envol». Der Zürcher Lehrmittelverlag, der den Kassenschlager «Envol» vor 15 Jahren auf den Markt brachte, entwickelt derzeit mit dem St. Galler Lehrmittelverlag das Nachfolgewerk «Dis donc!».

Die Entwicklungskosten pro Jahrgangsband betragen 1,8 Millionen Franken. Bereits steht fest, dass «Dis donc!» in Zürich und St. Gallen obligatorisch wird – das heisst, de facto eine Absatzgarantie hat.

Klett und Balmer entwickelt auf Risiko

Das ist für Klett und Balmer, den grössten privaten Schweizer Lehrmittelverlag, ein Ärgernis. Die Direktorin von Klett und Balmer Irene Schüpfer sagt: «Wir haben in Zürich keine Chance, in St. Gallen auch nicht.» Trotzdem entwickle Klett eigenes Lehrwerk für Französisch als zweite Fremdsprache – namens «Ça bouge».



Bildlegende: Für 1 Million Franken entwickelt der private Verlag Klett und Balmer ein eigenes Französisch-Lehrmittel – auf Risiko. SRF

Klett investiert dafür 1 Million Franken pro Band auf eigenes Risiko. Schöpfer hofft, dass andere Kantone auf ihr Französisch-Lehrmittel setzen. Doch damit überhaupt ein Wettbewerb möglich sei, sollten die Kantone mindestens zwei Lehrmittel empfehlen, fordert sie. Das ist aber vor allem in Kantonen mit eigenen Lehrmittelverlagen nicht der Fall. Marktbehinderung erlebt Klett auch in der Testphase; einige Kantone hinderten Klett daran, sein Lehrmittel in den Schulen zu testen.

«Kosten stehen an letzter Stelle»

Die Leiter der Lehrmittelverlage Zürich und St. Gallen, die den Kantonen gehören, weisen die Kritik der Marktabschottung zurück. Verantwortlich für die Auswahl seien nicht sie. «Gemäss dem Volksschulgesetz regeln im Kanton Zürich der Bildungsrat, respektive der Erziehungsrat die Verwendung der Lehrmittel im Unterricht», schreibt Beat Schaller, Direktor des Lehrmittelverlags Zürich.



Bildlegende: Der Lehrplan 21 sollte ihrem Verlag bessere Chancen verleihen, meint Klett-Chefin Irene Schöpfer. SRF

Der Kanton Luzern produziert keine eigenen Lehrmittel. Derzeit sind Klett-Lehrmittel für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik obligatorisch. Die Kosten stünden an letzter Stelle, wenn es um die Auswahl gehe, sagt kantonale Beauftragte für Lehrmittel, Ruedi Püntener. Im Vordergrund stünden pädagogische Qualitätskriterien. «Entscheidend ist auch die Akzeptanz bei den Lehrpersonen», erklärt Püntener.

Durch den neuen Lehrplan, der in allen 21 Deutschschweizer Kantonen gelte, entsteht laut Klett-Chefin Irene Schöpfer eine neue Situation: «Entspricht ein neues Lehrmittel dem Lehrplan 21, gibt es für die Kantone keinen Grund mehr, es nicht zuzulassen.»

Offenbar verspricht sich Schöpfer durch den Lehrplan 21 deutlich mehr Wettbewerb. Denn sonst würde der Verlag nicht nochmals das Risiko eingehen, ein neues Französisch-Lehrmittel herzustellen. Klett hatte vor 15 Jahren bereits ein Französisch-Lehrmittel produziert – doch kein Kanton wollte es. Die Folge war ein Millionen-Abschreiber.

<http://www.srf.ch/news/wirtschaft/lehrplan-21-bringt-kantonale-lehrmittelverlage-unter-druck>

Schule Schweiz, 5. Januar 2016

Klassenlehrkräfte als Rückgrat der Volksschule

Breit ausgebildete Klassenlehrkräfte sind zurzeit gesucht wie noch nie. Doch die pädagogischen Hochschulen scheint diese Tatsache wenig zu kümmern. Vielmehr hat man mit dem neuen Ausbildungskonzept den Generalisten dermassen die Flügel gestutzt, dass das Ausüben der Klassenlehrerfunktion immer schwieriger wird.

von Hanspeter Amstutz

Moderner Unterricht stützt sich strukturell auf zusammenhängende Unterrichtsblöcke. Um diesen Vorteil zu nützen, braucht es Lehrkräfte, die eine relativ breite Fächerpalette abdecken können. Diese Generalisten können so besser am Puls einer Klasse bleiben. Sie gestalten den mehrstündigen Unterricht rhythmisierend und können flexibel auf die Aufnahmefähigkeit der Jugendlichen reagieren. Sie sorgen sie für schülergerechte Wechsel der Lernformen und für eine gesunde Musse im pädagogischen Lernprozess. Dank ihrer ganzheitlichen Sicht erkennen sie das Entwicklungspotenzial der Jugendlichen am besten. Bei bloss stundenweisen Unterrichtseinsätzen von Lehrpersonen hingegen sind die Jugendlichen oft schon beim Zusammenpacken, wenn noch wichtige Gespräche stattfinden müssten. Wie soll da eine tragfähige pädagogische Beziehung aufgebaut werden?

Mit zwanzig jungen Menschen im gleichen Boot auf eine mehrjährige Entdeckungsfahrt zu gehen und die Funktion des Kapitäns zu übernehmen, das ist die eigentliche Leistung der Klassenlehrkräfte. Diese bilden das Rückgrat unserer Volksschule und können durch eine grosse Zahl von Teilzeitlehrkräften wohl nur in den seltensten Fällen gleichwertig ersetzt werden. Damit sollen die hervorragenden Leistungen der Fachlehrkräfte in keine Weise geschmälert werden, aber ihre Funktion ist in erster Linie die Vermittlung von Fachwissen und nicht ein ganzheitlicher Erziehungs- und Bildungsauftrag.

Für die Oberstufe plädiere ich für eine Lehrerbildung, die zwei gleichwertige Grundtypen vorsieht: Den Generalisten mit relativ breiter Fächerpalette für die Sekundarschule B sowie Fächergruppenlehrkräfte mit zwei unterschiedlichen Profilen für die A-Abteilungen der Sekundarschule. Damit soll das Rad nicht einfach wieder zurückgedreht werden. Aber es gilt, die Bedürfnisse der Schulen stärker ins Zentrum zu rücken. Die akademisierte Lehrerbildung muss entschlackt werden. Statt der unzähligen wissenschaftlichen Abhandlungen in jedem Ausbildungsbereich sollte die Förderung der Lehrerpersönlichkeit wieder absoluten Vorrang haben. Bei der Konzentration auf nur noch zwei universitäre Fachbereiche könnten die Studierenden noch immer ausreichend mit dem wissenschaftlichen Denken vertraut gemacht werden. Mit der dadurch gewonnenen Ausbildungszeit würde dafür Platz für mehr praxisbezogene Lerninhalte geschaffen. Da besteht grosser Nachholbedarf.

Unter den Studierenden der Pädagogischen Hochschulen gibt es sehr viele, die den Lehrerberuf mit seinen grossartigen Gestaltungsmöglichkeiten ganzheitlich ausüben möchten. Sie stellen aber fest, dass ihnen für die Aufgabe des pädagogischen Unternehmers das Rüstzeug teilweise fehlt. In der Folge führt dies zu immer mehr Teilzeitpensen und zu aufwändigen Nachqualifikationen in einzelnen Fächern. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen.

Die Erfahrung zeigt, dass gut ausgebildete Klassenlehrkräfte am besten imstande sind, auf die neue Schülergeneration zuzugehen und der Volksschule so die nötige Stabilität zu verleihen. Der Ball liegt vorerst bei den Erziehungsdirektoren und den Pädagogischen Hochschulen. Diese sind gut beraten, wenn sie die Rückmeldungen aus der Schulpraxis ernst nehmen und die Lehrerbildung einer gründlichen Überprüfung unterziehen.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/01/klassenlehrkrafte-als-ruckgrad-der.html#more>

Neue Luzerner Zeitung, 8.1.2016

Initianten kämpfen vor Bundesgericht gegen Lehrplan 21

BILDUNG · Die Initianten der Volksinitiative gegen die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Schwyz wollen die Ungültigerklärung des Begehrens durch das Parlament nicht auf sich sitzen lassen. Sie haben beim Bundesgericht Beschwerde eingereicht.

Dies gab das Initiativkomitee am Freitag bekannt. Präsidentin Irene Herzog-Feusi erklärte auf Anfrage, dass die Beschwerde bereits in Lausanne deponiert worden sei. Details will sie an einer Medienkonferenz am Dienstag bekannt geben.

Die im Dezember 2014 mit 3038 Unterschriften eingereichte Initiative will verhindern, dass der Lehrplan 21, der für die gesamte deutsche Schweiz einheitliche Lernziele setzen soll, an den Schwyzer Volksschulen eingeführt wird. Der Erziehungsrat beschloss die Einführung des Lehrplans ab 2017.

Die Initiative verlangt konkret mehrere Änderungen im Volksschulgesetz. Interkantonale Vereinbarungen zu Lehrplänen würden dem fakultativen Referendum unterstellt, und die Regierung müsste grundlegende Lehrplanänderungen dem Volk unterbreiten. Zudem soll ein Paragraph gestrichen werden, der Schulversuche zulässt. Daneben soll das Gesetz neu Jahrgangsziele und Schulfächer explizit aufführen.

Klares Votum im Parlament

Der Kantonsrat erklärte die Initiative im vergangenen November mit 86 zu 3 Stimmen für ungültig. Er folgte der Regierung. Das Begehren verstosse gegen die Einheit der Materie und gegen übergeordnetes Recht, hiess es.

Der Regierungsrat bemängelt, dass mit Annahme der Lehrplaninitiative im Volksschulgesetz ein Sonderreferendum eingeführt würde. Dies widerspreche der Kantonsverfassung, in der die Gegenstände eines obligatorischen Referendums abschliessend aufgezählt seien. Die Verfassung sehe keine Bestimmung vor, dass auf Gesetzesstufe weitere Referenden eingeführt werden könnten.

Daneben hält die Regierung die Form der eingereichten Initiative für unzulässig. Diese müsse entweder als allgemeine Anregung oder als ausgearbeiteter Entwurf eingereicht werden. Eine Mischform sei nicht vorgesehen.

Initianten sehen Verfassung verletzt

Die Initianten hingegen erklären auf ihrer Homepage, dass mit juristisch unhaltbaren Interpretationen eine Sachentscheidung durch das Volk verzögert werde. Dies verstosse gegen Treu und Glauben.

Zudem erfolge eine Abstimmung über die Gesetzesinitiative durch dasselbe Stimmvolk, das auch über Änderungen der Kantonsverfassung befinden könne. Die Regeln in der Kantonsverfassung seien nicht höherrangig, heisst es im Argumentarium weiter.

Die Schwyzer Kantonsverfassung schliesse ausserdem ein Gesetzesreferendum nicht explizit aus. Schliesslich missachte die Initiative die Einheit der Form nicht, sondern könne als allgemeine Anregung aufgefasst werden. (sda)

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/sz/schwyz/Initianten-kaempfen-vor-Bundesgericht-um-Abstimmung-ueber-Lehrplan-21;art96,662685>

Basellandschaftliche Zeitung, 8.1.16

Standesinitiative

Bund soll über Fremdsprachen in der Primarschule richten

von Michael Nittnaus

Kaum eingeführt, soll die zweite Fremdsprache wieder aus der Primar verbannt werden – und das national. Dies möchte Jürg Wiedemann, Vorstandsmitglied des Komitees «Starke Schule Baselland», mit einer Standesinitiative erreichen. von Michael Nittnaus

Eine Volksinitiative für Baselland gibt es schon. Doch das genügt Jürg Wiedemann nicht. Der Landrat der Grünen-Unabhängigen und Vorstandsmitglied des Komitees «Starke Schule Baselland» möchte die erst 2014 eingeführte zweite Fremdsprache auf der Primarstufe parallel in der ganzen Schweiz wieder in die Sekundarschule verbannen. Dies möchte er mittels Standesinitiative erreichen. Damit hat jeder Kanton die Möglichkeit, der Bundesversammlung ein Anliegen zur Beratung vorzulegen. Wiedemann wird die Motion, mit der er die Baselbieter Regierung auffordert, die entsprechende Standesinitiative auszuarbeiten, noch im Januar im Landrat einreichen.

Welche Fremdsprache zuerst?

Noch wurde aber noch nicht einmal die Volksinitiative, die vergangenen Oktober vorgestellt wurde, eingereicht. Abstimmen wird das Baselbieter Stimmvolk darüber nicht vor 2017. «Die Kritik, bereits auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen zu unterrichten, ist nahezu gesamtschweizerisch. Vorstösse oder Volksinitiativen, die nur eine Fremdsprache fordern, wurden auch in zahlreichen anderen Kantonen angekündigt oder eingereicht – etwa in Zürich, Bern, Schaffhausen, Solothurn, Graubünden, Luzern und Nidwalden», heisst es in der Motion. Daher sei eine Standesinitiative sinnvoll.

Gegenüber der bz präzisiert Wiedemann: «Bei den Fremdsprachen befürworte ich eine echte Harmonisierung in der Schweiz. Ohne eine Standesinitiative werden immer Differenzen bestehen.» Anders als die Volksinitiative schreibt die Motion nicht vor, dass Französisch die einzige Fremdsprache in der Primarschule sein soll. «Ich persönlich favorisiere Französisch», sagt Wiedemann, «doch da diese Frage unter den Kantonen sehr umstritten ist, sollte Bundesbern entscheiden.» Folgte man aber der Sprachenstrategie des Bundes, so könne nur eine Landessprache die erste Fremdsprache sein.

Im Baselbiet wurde 2012 Frühfranzösisch in der dritten Primar eingeführt, 2014 erhielten diese Schüler erstmals in der fünften Klasse Englisch-Unterricht. Zwei Fremdsprachen auf Primarstufe sind eine Bedingung des Harmos-Konkordates, dem Baselland angehört. In der Motion steht ausdrücklich, dass «bestehende interkantonale Bestimmungen und Vereinbarungen (...) – oder Teile davon – sowie Staatsverträge und Konkordate – oder Teile davon – und weiteres geltendes Recht, welches diesem Begehren widerspricht, sollen aufgehoben werden». Doch Wiedemann – der mit der Starken Schule in einer anderen Initiative den Ausstieg Basellands aus dem Harmos-Konkordat fordert – betont: «Das Konkordat müsste deswegen nicht aufgehoben werden. Eine Anpassung würde genügen.»

Lehrer-Landräte nicht einig

Unter Lehrern, die in ihrem Berufsalltag mit der neuen Abfolge konfrontiert werden, gehen die Meinungen weit auseinander. Dies zeigen die Landräte und Lehrer Paul Wenger (SVP, Berufsschule), Andrea Heger (EVP, Primar Niederdorf), Thomas Bühler (SP, Primar Lausen) und Florence Brenzikofer (Grüne, Sek Liestal): Wenger etwa unterstützt die Volksinitiative aktiv. Doch

in einer ersten Reaktion zeigt er sich bei der Standesinitiative skeptisch: «Der Nutzen dieses Instruments hält sich oft in Grenzen, da das Begehren ewig in Bern liegenbleibt.» Sollte sie aber die Hürden im nationalen Parlament nehmen, sei die Harmonisierung zu begrüßen.

Interessant sind Hegers Erfahrungen aus ihrem Schul- und Elternalltag, denn sie ist auch Mutter von zwei Töchtern, von denen die 14-Jährige noch im alten System ist und die 12-Jährige im neuen. «Für gewisse Kinder sind die zwei Fremdsprachen tatsächlich schwierig, teils zu schwierig. Ich könnte mir vorstellen, dass es besser wäre, Englisch erst ab der sechsten Primar zu unterrichten.» Allerdings sei sie dagegen, bereits jetzt alles wieder rückgängig zu machen. Erst sollten ein bis zwei Schülerjahrgänge alles durchlaufen haben und alles sauber evaluiert werden. Bühler hingegen sieht bei seinen Sechstklässlern kaum Probleme. «Ich stelle keine generelle Überforderung fest. Schwache Schüler hat es immer gegeben.» Und Brenzikofer nahm just gestern einen Augenschein in einer 6. Französischklassen: «Es ist eine andere Art Sprachunterricht als früher. Ich sehe es aber als grosse Chance und warne davor, es jetzt schon abubrechen. Das wäre Zwängerei.»

«Ich weiss, dass das Thema polarisiert», sagt Wiedemann, und verweist auf Primarlehrerin Marianne Lander aus Therwil, die bereits bei der Präsentation der Volksinitiative klar gegen die zweite Fremdsprache Stellung bezogen hatte (die bz berichtete). Mittlerweile zeichnet sich zudem ab, dass Baselland mit einer Standesinitiative nicht alleine dastehen würde. Wiedemann steht in Kontakt mit Parlamentariern anderer Kantone und verrät: «In Bern plant bereits eine SVP-Grossrätin dasselbe und nimmt die Motion als Grundlage.»

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/bund-soll-ueber-fremdsprachen-in-der-primar-schule-richten-129969385>

soakutell.ch, 9.1.2016

Die Junge CVP reicht zwei Volksaufträge zum Thema Bildung ein

Die Junge CVP des Kantons Solothurn reichte gestern Freitag ihre im Vorjahr lancierten Volksaufträge bei der Staatskanzlei ein. Der eine Volksauftrag fordert ein Pflichtfach Politische Bildung, der zweite stellt die Forderung an die Regierung, den Besuch an ausserkantonalen Wirtschafts-, Informatik- und Handelsmittelschulen wie bisher weiter zu finanzieren.

JCVP SO

Eine deutliche Sprache sprechen die weit über 500 Unterschriften für den Volksauftrag „Angemessene Bildungsmöglichkeiten auch in den Randregionen“, in welchem die Jungen CVP vom Regierungsrat fordert, die per nächstem Schuljahr aus dem Bildungsangebot gestrichenen Wirtschaftsmittelschulen weiterhin zu finanzieren. Erstunterzeichnerin Melanie Jeger freut sich: „Beim Sammeln wurden wir unter anderem von verschiedenen Schüler- und Elternorganisationen unterstützt.“

Neben den vielen Unterzeichnenden machen sich auch über 70 Personen im öffentlichen Unterstützungskomitee für den Volksauftrag stark. Im Komitee finden sich diverse ehemalige und aktuelle Kantonsräte sowie zahlreiche Kommunalpolitiker aus allen politischen Lagern. „Für uns war von Anfang an klar, dass die WMS ein emotionales Thema ist. Doch die breite Unterstützung für den Volksauftrag im Schwarzbubenland zeigt eindeutig, dass hier ein für die Region wichtiges Bildungsangebot betroffen ist. Zudem wird es keine Einsparungen geben, sondern die Schüler werden im Gegenteil in den meisten Fällen auf teurere Angebote wie die FMS ausweichen.“, sagt Glenn Steiger, Mitinitiant des Volksauftrags.

Auch der zweite Volksauftrag „Eigenständiges Fach „Politische Bildung“ an allen Solothurner Schulen der Sekundarstufe I“ wurde heute mit über 100 Unterschriften eingereicht. Die Jungpartei ist überzeugt, dass insbesondere junge Menschen ihre politischen Rechte nur wahrnehmen können, wenn genügend Wissen über den Staatsaufbau und das Politsystem der Schweiz vorhanden ist. Die mit dem Lehrplan 21 geplante Vermittlung der Staatskunde als Einbettung in das Fach Geschichte/Geografie ist für die Junge CVP unbefriedigend.

„Der grosse Zuspruch für unsere Volksaufträge freut uns natürlich ausserordentlich. Wir erfahren in den letzten Monaten viel Unterstützung aus der Bevölkerung und stellten fest, dass wir mit den Forderungen teilweise offene Türen einrannten“, erläutert Luca Strebel, Co-Präsident und Erstunterzeichner des Staatskunde-Volksauftrages. Die Jungpartei erwartet nun mit Spannung die Stellungnahme des Regierungsrates und wird sich im Namen der Unterstützer der Volksaufträge mit Nachdruck für die gestellten Forderungen auf dem politischen Parkett einsetzen.

http://www.soaktuell.ch/index.php?page=/news/die-junge-cvp-reicht-zwei-volksauftraege-zum-thema-bildung-ein_27034

NZZ, 9.1.2016

Beeinflusste Evaluationen

Evaluierende in der Zwickmühle

Es besteht bei Evaluationen immer das Dilemma, dass die Evaluierenden auch den Wünschen ihrer Auftraggeber gerecht werden möchten.

Gastkommentar von Lyn Pleger und Fritz Sager



Bei Evaluationen kann viel falsch gemacht werden.
(Bild: Keystone)

Dass das Jahr 2015 auch das Internationale Jahr der Evaluation war, dürfte nur wenigen aufgefallen sein. Was aber sind Evaluationen? Es sind wissenschaftliche Bewertungen organisatorischer oder politischer Sachverhalte. Durchgeführt werden Evaluationen entweder von Evaluierenden innerhalb der Organisation, deren Tätigkeit es zu bewerten gilt, oder von externen Evaluierenden. Politikevaluationen sind meist mehr als nur wissenschaftliche Auftragsforschung, sie sind häufig von grosser politischer Relevanz. Wenn eine Politik scheitert, ist die Frage nach den Schuldigen nicht nur für die betroffenen Verwaltungsstellen zentral, sondern ebenso für die politischen Entscheidungsträger: Wenn der politische Entscheid falsch war, nützt der beste Vollzug nichts – die Politik wird versagen.

Dieses Spannungsfeld ist ein Problem für Evaluierende. Es birgt das Risiko, dass politische Akteure eine Evaluation zu instrumentalisieren versuchen. Die unabhängige Bewertung eines Sachverhalts kann dazu führen, dass die Befunde den Interessen der betroffenen Akteure zuwiderlaufen. Um das zu verhindern, können die Auftraggeber von Evaluationen versuchen, in den Evaluationsprozess einzugreifen und den Evaluierenden und seine Ergebnisse zu beeinflussen. Das steht offenkundig im Widerspruch zum Anliegen der Evaluation: die Bereitstellung einer unabhängigen Bewertung, auf deren Basis politische Entscheidungen getroffen werden können.

Wie schnell es passieren kann, dass Politiker diese Grenze überschreiten, wurde vor einigen Jahren in Deutschland deutlich. Die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder hatte Ergebnisse einer 13 Millionen Euro teuren Evaluation der deutschen Familienpolitik derart verkürzt und zu ihren Gunsten interpretiert, dass die an der Evaluation beteiligten Wissenschaftler Schröders Schlussfolgerungen öffentlich widersprachen.

In diesem Fall waren es also die Evaluierenden selber, die sich gegen den Versuch der falschen Ergebnisinterpretation zur Wehr setzten. Was passiert aber, wenn Evaluierende den Beeinflussungsversuchen von Auftraggebern nachgeben? Wie stark verankert ist das berufliche Ethos von Evaluierenden in der Schweiz? Wie steht es hierzulande um deren Unabhängigkeit?

Diesen Fragen wurde jüngst in einer Studie der Universität Bern nachgegangen. Befragt wurden Mitglieder der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft (Seval). Die Ergebnisse bestätigen, dass Auftraggeber durchaus versuchen, in den vermeintlich unabhängigen Evaluationsprozess einzugreifen. So sah sich die Hälfte der Befragten schon mindestens einmal mit der versuchten Einflussnahme durch den Auftraggeber konfrontiert – bei 90 Prozent von ihnen blieb es zudem nicht beim Einzelfall.

Das Spektrum der Beeinflussungen reicht vom Wunsch der Auftraggeber, Ergebnisse positiver darzustellen, bis hin zur Aufforderung zu inhaltlichen Verzerrungen. Die Ergebnisse zeigen, dass Schweizer Evaluierende zwar die Einhaltung der Berufsstandards hochhalten, gleichzeitig aber doch auch sehr bemüht sind, den Wünschen des Auftraggebers gerecht zu werden.

Das Dilemma lässt sich nur lösen, wenn der Auftraggeber die Unabhängigkeit der Evaluation nicht gefährdet. Im Fall einer bewussten Einflussnahme befindet sich der Evaluierende indes in einer sehr misslichen Lage.

Es überrascht denn auch nicht, dass nur rund jeder zehnte Evaluierende angab, auf die Beeinflussungsversuche hin keinerlei Änderungen am eigenen Bericht vorgenommen zu haben. Das heisst, rund 90 Prozent aller Evaluierenden reagierten auf die Beeinflussungsversuche durch den Auftraggeber, wenngleich ein Grossteil angab, die vorgenommenen Änderungen entsprächen einem Kompromiss und hätten zu keiner falschen oder ungenauen Darstellung der Ergebnisse geführt.

Dieses Verhalten widerspricht dem Selbstbild der Schweizer Evaluierenden, wonach ein guter Evaluierender primär festgelegten Evaluationsstandards verpflichtet ist und immer nur die von ihm tatsächlich ermittelten Ergebnisse präsentiert – ohne etwas abzuschwächen oder aufzuwerten.

Insgesamt macht die Studie deutlich, dass in der Schweiz Handlungsbedarf besteht. Hierfür bieten die Evaluierenden selber verschiedene Möglichkeiten an. Diese reichen von Vorschlägen einer besseren Ausbildung aufseiten der Auftraggeber bis hin zur Einführung obligatorischer Evaluationsprotokolle, die den Evaluationsprozess stark formalisieren.

Es liegt im Interesse des gesamten politischen Entscheidungsprozesses, dass die Unabhängigkeit von Evaluationen abgesichert wird. Die Verpflichtung von Auftragnehmern und Auftraggebern auf entsprechende Standards kann hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Lyn Pleger und Fritz Sager forschen zu Policy-Analyse und Evaluation am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern.

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/evaluierende-in-der-zwickmuehle-1.18674246>